

Das Paar Sarkozy–Merkel

Dissens in den Medien – Konvergenz in Grundsatzfragen?

Dorothea Bohnekamp*

» Die Abkühlung, um nicht zu sagen heftigen Spannungen, die innerhalb des deutsch-französischen Paares seit der Wahl von Nicolas Sarkozy zum Staatspräsidenten aufgetreten sind, waren für die Medien in letzter Zeit ein unerschöpfliches Thema. Was steckt hinter den plakativen Differenzen?

Seit nunmehr einem Jahr scheinen sich sowohl die politischen als auch die persönlichen Differenzen zwischen den beiden Staatshäuptern zu mehren, wobei die zuweilen ungeschickten Versuche, diesen Dissens um jeden Preis zu übertünchen, umso künstlicher wirken. Allerdings sieht es gleichzeitig so aus, als ob eine Reihe von Konvergenzen zwischen beiden Personen und ihren politischen Visionen oft durch eine deutsch-französische Tagesaktualität überdeckt würde, die immer wieder Rückschläge bereithält.

Es ist nicht zu übersehen, dass sich in der deutsch-französischen politischen Arena zwei politische Stile gegenüberstehen, die gegensätzlicher kaum sein könnten. Der Diskretion, Zurückhaltung und Zielgerichtetheit der einen steht der inzwischen allseits bekannte, von Schnellschüssen geprägte Stil des umtriebigen, impulsiven, ja auch unberechenbaren französischen Präsidenten gegenüber, der in Deutschland inzwischen den Namen „Duracell-Präsident“ erhielt. In dem Bemühen um einvernehmliche Lösungen, die auch den eigenen Koalitionspartnern zufrieden stellen können, hat die deutsche Bundeskanzlerin wiederholt ihr taktisches Geschick unter Beweis gestellt – wie erst kürzlich wieder anlässlich der Verhandlungen im Vorfeld der deutsch-französischen Vereinbarung über die „Mittelmeerunion“ –, doch gerät sie inzwischen angesichts der Alleingänge ihres französischen Amtskollegen in zunehmende Schwierigkeiten. In Berlin verbirgt man nicht län-

ger das Unverständnis über die unvermittelte Absage von bilateralen Gesprächen auf höchster Ebene, wofür übrigens symbolhaft die jüngste Verschiebung des letzten „Blaesheim-Treffens“ steht, oder auch die Absage einer Begegnung zwischen der französischen Wirtschaftsministerin Christine Lagarde und ihrem deutschen Amtskollegen Peer Steinbrück, der in Paris zur wahren persona non grata wurde, nachdem er es gewagt hatte, dem französischen Präsidenten bei einer Ecofin-Tagung im vergangenen Sommer in Brüssel öffentlich zu widersprechen. Episoden im Alleingang, wie die Befreiung der bulgarischen Krankenschwestern in Libyen, und eine ganze Reihe einseitiger französischer Initiativen, beispielsweise die Glückwünsche an Putin, haben die Deutschen überrascht, war man doch an die stillschweigende Regel gewohnt, vor allem in außenpolitischen Fragen in weitgehend konzertierter Aktion vorzugehen.

Diplomatische Missgriffe

So sind die politischen Verantwortlichen in Deutschland zwar verärgert darüber, dass die Franzosen die Urheberchaft des vereinfachten EU-Vertrags von Lissabon für sich beanspruchten; allerdings bemühen sie sich darum, diese diplomatischen Missgriffe klein zu halten, und verweisen darauf, dass der junge Präsident derzeit noch seine ersten

* Dorothea Bohnekamp lehrt Deutsch an der Universität Paris IV. Übersetzung: Dr. Erika Mursa.

Schritte auf der deutsch-französischen Bühne macht und dabei nach eigenen Spiel- beziehungsweise Kampfesregeln vorgeht.

Die politische Spitze erinnert gerne an die geradezu klassischen Startprobleme, die so häufig die Anfangsphase einer später einvernehmlichen, ja fruchtbaren Beziehung zwischen den deutschen und französischen Staats- und Regierungschefs kennzeichneten, wie es bei Gerhard Schröder und Jacques Chirac der Fall war. Dieses Mal aber muss man nach Ansicht einiger gut unterrichteter Beobachter jedoch allzu lange warten, bis das Eis endlich bricht, zumal die öffentliche Meinung unter dem Eindruck eines nicht immer schmeichelhaften Bildes vom französischen Staatspräsidenten steht, wie es beispielsweise in den deutschen Medien gezeichnet wird.

Konsens in der Wirtschaftspolitik

Vor allem, wenn es um öffentliche Finanzen geht, scheinen die Verantwortlichen in Frankreich nicht immer bereit zu sein, sich den Regeln des gemeinschaftlichen Spiels zu unterwerfen, und üben offene Kritik an der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB). Diese Haltung zeugt gewiss von einer stärker protektionistischen Tradition und einer Tendenz der französischen Regierung zu punktuell überzogenem Patriotismus; der Fall EADS erscheint hier emblematisch für die Differenzen, wenn es um Interventionen des französischen Staates geht. Der von der französischen Börsenaufsicht AMF wiederholt vorgebrachte Verdacht des Insiderhandels innerhalb der Gruppe könnte übrigens das schwierige deutsch-französische Gleichgewicht und den jüngsten Konsens über die Führungsspitze noch mehr gefährden. Doch zugleich muss man auch eine Reihe von divergierenden Positionen in den Kontext zweier wirtschaftlicher Situationen setzen, die sehr unterschiedlich sind: Die deutsche Wirtschaft weist ein deutlich stärkeres Wachstum auf und profitiert zudem von den Reformen, die unter der Regierung Schröder eingeleitet wurden. Auf französischer Seite zeugen die Bemühungen um eine umfassende Reform des Staates und den Rückzug aus einer Reihe von Bereichen davon, dass es konver-

gierende Tendenzen hin zu einer globalen Vision gibt, bei der eine Revision der Rolle des Staates mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit einhergehen soll. In diesem Sinne unterstreichen die deutsch-französischen Schritte hin zu einer besseren Transparenz der Finanzmärkte oder auch zur Bekämpfung von Steuerparadiesen, dass man in zahlreichen Debatten, die für die wirtschaftliche Aktualität konstitutiv sind, grundsätzlich übereinstimmende Positionen vertritt.

Irritationen in der Außenpolitik

Vor allem in außenpolitischen Fragen scheinen die diplomatischen Schachzüge der Franzosen jedoch Ungeduld, sogar Verärgerung in Berlin hervorzurufen. Die politische Führungsspitze Frankreichs, bei der sich häufig verschiedene Denkschulen von explizit staatssoveräner, atlantischer oder pro-europäischer Ausrichtung kreuzen, scheint derzeit einer *entente amicale* mit Großbritannien mehr Gewicht beizumessen als dem obligatorischen und als allzu einschränkend empfundenen *pas-de-deux* mit den Deutschen. Die feierliche Erklärung einer neuen Entente zwischen beiden Ländern bedeutet in ihrer konkreten Umsetzung die implizite Unterstützung der Kandidatur Tony Blairs für die künftige europäische Ratspräsidentschaft oder auch die französische Entscheidung, in die militärische Struktur der NATO zurückzukehren. Doch vor allem dass höchst umstrittene Projekt der Mittelmeerunion war ein deutliches Signal an die Deutschen, dass man die deutsch-französische Freundschaft alles andere als exklusiv sehen will.

Dieses Projekt, ursprünglich als echte mediterrane Pufferzone geplant, das die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit garantieren und ausschließlich den Mittelmeeranrainern vorbehalten sein sollte, ist bei der Bundeskanzlerin von vorneherein auf größte Vorbehalte gestoßen. Sie verbarg keineswegs ihre Irritation und ihre Beunruhigung darüber, dass eine regionale Organisation als Konkurrenz zur Europäischen Union entstehen sollte, denn die Deutschen setzten stärker auf die vorhandenen Institutionen und auf den 1995 eingeleiteten Barcelona-Prozess. Doch vor allem haben die mit dem Thema befassten poli-

tisch Verantwortlichen in Deutschland dieses Vorgehen als einen Versuch interpretiert, den schwachen französischen Einfluss im Osten Europas zu kompensieren und letztlich eine unvermeidliche Spaltung innerhalb der Europäischen Union zwischen den Ländern, die mehr nach Osten und jenen, die stärker nach Süden ausgerichtet sind, hervorzurufen. Die deutschen Diplomaten zeigten sich wegen des Risikos besorgt, dass die französische Seite die vorhandenen gemeinschaftlichen Strukturen untergraben könnte, und da man in Berlin von den Erklärungen der Zuständigen in Frankreich wenig überzeugt war, ist schließlich ein echtes diplomatisches Tauziehen zwischen beiden Ländern entstanden. Die neue Version des Projekts, die Anfang März bei der CeBit in Hannover präsentiert wurde, nennt sich nun „*Union für das Mittelmeer*“ und schließt künftig alle 27 Mitgliedsländer ein; damit wird dem Anliegen der Deutschen stärker Rechnung getragen, die sich gegen einen exklusiven „*Club Med*“ aussprechen. Das neue Projekt garantiert vor allem die Stärkung des Barcelona-Prozesses, der die Kooperation zwischen der EU und den Nicht-Mitgliedstaaten sowie den Mittelmeeranrainern vorsieht. Gleichzeitig scheint diese neue Vereinbarung dem deutsch-französischen Tandem eine neue Dynamik zu verleihen und stellt einen geglückten Test für dessen sprichwörtliche Fähigkeit zur Kompromissfindung, zumindest auf offizieller Ebene, dar. In dieser Hinsicht scheinen die intensiven Verhandlungen hinter den Kulissen auch eine grundlegende Diskussion zwischen beiden Ländern über die künftige Identität der Union, deren Beziehung zu den Nachbarn und den Rhythmus ihrer Erweiterung in Gang gebracht zu haben – drei wichtige Themen, die beide Länder sehr ernst nehmen. Ihre gemeinsame Ablehnung eines EU-Beitritts

der Türkei oder auch die jüngst erfolgte Verabschiedung des Vertrags von Lissabon zeigen, dass es eine Reihe von europäischen Überzeugungen gibt, die das deutsch-französische Paar teilt. Die Partner östlich des Rheins schätzen insbesondere die französische Priorität für eine enge Zusammenarbeit in Fragen der Einwanderung und Integration, vor allem bei der Überwachung der Außengrenzen der EU und der vorrangigen Erarbeitung eines „*Paktes für Einwanderung*“ – dies ist eines der Hauptthemen für die französische EU-Ratspräsidentschaft.

Unleugbare Dynamik

Man könnte weiter fortfahren und andere gemeinsame Initiativen in verschiedenen wichtigen Bereichen aufzählen, wie zum Beispiel die jüngste deutsch-französische Vereinbarung über europäische Ziele des CO₂-Ausstoßes von Kraftfahrzeugen. So scheint die exzessive Medienberichterstattung über deutsch-französische Zwistigkeiten zuweilen die tatsächlichen großen Fortschritte zu überdecken, die in der Außen- und Sicherheitspolitik erzielt werden.

Zieht man eine Bilanz der wichtigsten gemeinsamen Maßnahmen, so wird eine unleugbare Dynamik erkennbar, die sich übrigens häufig auf interministerieller Ebene bestätigt. Ebenso treten parallele Überzeugungen hervor, die zuweilen aus taktischen Gründen verborgen werden, wenn es um die manchmal schmerzhaft Anpassung des deutsch-französischen „Führungsduos“ und seiner institutionellen und wirtschaftlichen Strukturen an die Herausforderungen der Globalisierung geht.